

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/223

22. November 1976

Der Amoklauf des Franz Josef Strauß

-----  
Staatspolitische Überlegungen zum Bruch zwischen CDU  
und CSU

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums, SPD-Landesvorsitzender  
von Bayern und Bundesjustizminister

Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

Kein Grund zur Schadenfreude

-----  
Strauß-Coup muß alle Demokraten mit Sorge erfüllen

Von Günther Metzger MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion des Bundestages

Seite 3 und 3a / 59 Zeilen

Warum der DGB mit dem FDGB redet

-----  
Konkrete Antworten auf zahlreiche Fragen

Von Heinz Oskar Vetter  
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Seite 4 und 5 / 67 Zeilen

Frankfurter Bestätigung für Bonn

-----  
FDP-Parteitag baut Bundeskoalition mit der SPD aus

Seite 6 und 7 / 53 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhardt Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 406  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 00 38-39  
Telex: 00 98 348-48 pphn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Der Amoklauf des Franz Josef Strauß

Staatspolitische Überlegungen zum Bruch zwischen CDU und CSU

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums, SPD-Landesvorsitzender von Bayern  
und Bundesjustizminister

Die CSU-Landesgruppe hat am 19. November 1976 in Wildbad Kreuth mit 30 zu 18 Stimmen beschlossen, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU nicht zu erneuern und sich im 8. Deutschen Bundestag als selbständige Fraktion zu konstituieren. Der Sachverhalt klingt geschäftsmäßig, fast banal. In Wahrheit handelt es sich um ein politisches Ereignis von größter Tragweite.

Bei seinem Kampf um die Macht hat Strauß jetzt den Rubikon überschritten, den entscheidenden Schlag geführt. Es ist ein Rundum-Schlag. Ein Schlag, der nach Art eines Amokläufers im gleichen Zusammenhang gegen Viele geführt wird.

Zunächst richtet sich der Strauß-Beschluß gegen die Demokratie. Welches Demokratieverständnis hat eigentlich ein Parteivorsitzender, der eine Entscheidung von solcher Tragweite ohne jede Beteiligung der Partei herbeiführt? Der noch nicht einmal seine Stellvertreter, geschweige denn seinen Landesvorstand fragt! Wenn die CSU dies hinnimmt - und manches deutet darauf hin, daß die parteiinternen Kritiker nicht mehr als ein Strohfeuer in Gang gesetzt haben - wird sie sich künftig dem begründeten Zweifel ausgesetzt sehen, ob sie überhaupt noch eine demokratische Partei im Sinne des Parteiengesetzes sein will.

Dann ist der Beschluß eine schallende Ohrfeige für den CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl. Nicht nur, daß Strauß Kohl offenbar bewußt getäuscht hat, er hat ihm auch noch vor Beginn der neuen Legislaturperiode den Boden für seine bundespolitische Wirksamkeit entzogen. Kohl ist nicht länger mehr der Führer der Oppositionsfraktion und die Alternative zum Bundeskanzler, er ist nur noch Vorsitzender einer Fraktion, die der SPD mit deutlichem Abstand folgt und sich mit einer zweiten Fraktion in die Rolle der Opposition teilt. Übrigens: Kohl und seine Gefolgsleute in der CDU erleben jetzt all die Eigen-

schaften von Strauß, vor denen die SPD unser Volk ständig gewarnt und die Kohl immer wieder gelaugnet oder verharmlost hat.

Der Beschluß von Kreuth zerreißt aber auch das in bald drei Jahrzehnten gewachsene Parteiengefüge unserer Republik. Die bundesweite Konkurrenz der Fraktionen von CDU und CSU macht ja nur Sinn, wenn ihr die bundesweite Konkurrenz der Parteien folgt. Damit setzt Strauß bewußt ein wesentliches Element der politischen Stabilität unseres Landes aufs Spiel.

Warum tut Strauß dies alles? Warum wendet er seine Brutalität jetzt auch gegen seine bisherigen Freunde? Sicher nicht aus den Gründen, die er vorgibt, sondern aus einem unersättlichen Machtstreben: Weil er endlich die Macht will, die ganze und ungeteilte. Und weil ihm die Zeit zerrinnt, in der er dieses Ziel noch verfolgen kann.

Staatspolitisch kann über solche Vorgänge keiner Freude empfinden, der sich dem Ganzen verantwortlich weit. Aber auch parteipolitisch besteht kein uneingeschränkter Anlaß zum Jubeln. Gewiß wird es nun verstärkte, ja bittere Reibungen zwischen den Unions-Parteien geben und, wenn das personelle Wechselspiel in Gang kommt, auch Wundflächen, die lange eitern können. Straußens Gefährlichkeit wird außerdem noch unverhüllter und abschreckender hervortreten. Aber umgekehrt wird eine CDU ohne Strauß auch für Bürger wählbar, denen sie mit Strauß unzumutbar erschien.

Wie dem auch sei. Für die SPD kann es jetzt nur eine Antwort geben: eine Politik nüchterner und engagierter Vernunft, die sich der gestiegenen Verantwortung der SPD für das Ganze bewußt ist. Denn eines hat Strauß' Amoklauf bereits bewirkt: Die SPD ist jetzt auch zahlenmäßig die eindeutig führende politische Kraft der Bundesrepublik. (-/22.11.1976/vc/pr/ee)

+ + +

Kein Grund zur Schadenfreude

Strauß-Coup muß alle Demokraten mit Sorge erfüllen

Von Günther Metzger MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion des Bundestages

Vor der SPD-Bundestagsfraktion hatte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am 9. November in einem Nebensatz gesagt, daß man in Zukunft weniger von der "Union" reden und mehr die immer deutlicher sichtbar werdenden Machtgruppierungen innerhalb der CDU/CSU beim Namen nennen sollte. Für die meisten der Anwesenden war diese Bemerkung lediglich ein Hinweis auf eine Sprachregelung in der politischen Auseinandersetzung. Wer konnte damals ahnen, daß die Äußerung Willy Brandts zehn Tage später ihre sensationelle Bestätigung erfahren würde?

Die Entscheidung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, künftig eine eigene Fraktion zu bilden, ist in dreifacher Hinsicht von weittragender Bedeutung:

1/ Die "Union" als gemeinsame politische Kraft - von gemeinsamer politischer Zielrichtung konnte man schon lange nicht mehr sprechen - existiert nicht mehr. CDU und CSU werden in der 8. Wahlperiode des Deutschen Bundestages nicht nur getrennt auftreten, sondern auch über das Parlament hinaus in der politischen Auseinandersetzung als Konkurrenten gegenüberstehen, unabhängig davon, ob die CSU als vierte Partei bundesweit auftreten und die CDU in Bayern einen eigenen Landesverband gründen werden.

2/ Die in Form einer "geheimen Kommandosache" vorbereitete Entscheidung von Franz Josef Strauß unter Beteiligung und Mithilfe des neuen Landesgruppenvorsitzenden Dr. Zimmermann ist eine Ohrfeige für Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU und bis zum 3. Oktober Kanzlerkandidat der "Union". Sein Verzicht auf das Amt des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz erzielte unter der Voraussetzung, daß er Führer der Opposition im Deutschen Bundestag sein würde. Unter "Vorspiegelung falscher Tatsachen" wurde er von Strauß zu dieser Entscheidung gebracht. Beide hatten - wie es schien - das Kriegsbeil

aus der Nacht vom 4. Oktober begraben, das "Quick"-Interview vergessen und eine für beide Seiten annehmbare Strategie für die neue Wahlperiode entwickelt. Vereinbarungen über Personalentscheidungen wurden getroffen. Helmut Kohl konnte guter Hoffnung sein. Nichts mehr von alledem gilt heute mehr. Dr. Kohl wird seine Rolle als Oppositionsführer mit einem Mann teilen müssen, dem 1961 im Rahmen eines Meineid-Verfahrens durch ein medizinisches Gutachten bescheinigt wurde, daß er "unter verminderter geistiger Leistungsfähigkeit" stand.

3/ Die CDU selbst wird sich entscheiden müssen, ob sie in Zukunft Leuten wie Dregger, Filbinger und Carstens folgen wird, die bisher die politische Linie von Franz Josef Strauß vorbehaltlos unterstützten und im Bundestagswahlkampf in den Mittelpunkt ihrer Aussagen stellten oder ob sie den Anhängern des "starken Mannes" die Gefolgschaft aufkündigen wird. Es geht darum, ob sich die "Nordlichter" in der CDU dem "Kreuz des Südens" beugen werden oder nicht.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und ihre Bundestagsfraktion haben keinen Grund zur Schadenfreude. Das Machtstreben und der Erfolg eines Mannes, der gegenüber seinen eigenen Freunden zum Einsatz jedes Mittels bereit ist, müssen alle Demokraten mit großer Sorge erfüllen. Die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland werden in Zukunft weniger stabil sein.

Wir müssen aber auch wissen: Das Regieren im 8. Deutschen Bundestag wird nicht leichter durch die Schwächung der Opposition, sondern nur durch die Geschlossenheit und Solidarität innerhalb der eigenen Reihen und durch die Bereitschaft zur Loyalität gegenüber dem Koalitionspartner. Hier haben wir unsere Bewährungsprobe noch zu bestehen. (-/22.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Warum der DGB mit dem FDGB redet  
-----

Konkrete Antworten auf zahlreiche Fragen

Von Heinz Oskar Vatter

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Viele Bürger stellen heute wieder einmal die Frage, ob es sich überhaupt lohne, "mit denen drüben" zu reden. Die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann hat die Wellen der Antipathie gegenüber dem SED-Staat mit Recht hoch schlagen lassen. Zugleich wächst damit aber die Gefahr, daß sich die alten kalten Krieger hüben und drüben erneut in die Hände spielen und die zarten Pflanzen der Entspannung totreden. Das aber dürfen wir nicht zulassen. Der Fall Biermann setzt keinen Schlußpunkt hinter die Bemühungen, mit der anderen Seite sachlich zu reden zu versuchen.

Vor kurzem war ich mit einer Delegation des DGB-Vorstands drei Tage lang beim FDGB in Ostberlin zu Besuch. Ich weiß, wir haben weithin keine gute Presse gehabt. Viele konservative Publizisten beschimpften uns gar als trojanische Esel, als Ignoranten, die den Kommunisten blind und dumm ins aufgeklappte Messer rennen würden. Der DGB und sein Vorsitzender hingen Illusionen nach, hieß es, die angesichts der Praktiken des "unmenschlichen Regimes" in keiner Weise gerechtfertigt wären.

Wer so urteilt, versteht die Zeit nicht und er versteht den DGB nicht. Aus leidvoller Erfahrung wissen wir über die von drüben gesteuerte Zersetzungsbearbeitung hier bei uns. Es hat Spionagefälle gegeben: abgeurteilte, vermutete, noch vor Gericht schwebende. Nicht zuletzt war das ein Grund gewesen, die vor vier Jahren aufgenommenen Kontakte zum FDGB auf Eis zu legen. Vielleicht werden morgen schon neue Spione und Zersetzer entlarvt. Aber kann der FDGB dafür? Wir haben bei unserem Besuch in Ostberlin sehr hart darauf hingewiesen, daß wir keine Neigung haben, uns klaglos weiter ausspähen und infiltrieren zu lassen. Der Vorsitzende des FDGB, Harry Tisch, hat darauf geantwortet, daß er von solcherlei Dingen nichts wisse und seine Organisation damit nichts zu tun habe; wenn wir solche Eindrücke hätten, sollten wir

uns an die Staatsorgane der DDR wenden. Ob wir das glauben oder nicht glauben - weiterhelfen wird es nicht.

Was wir wollen, das ist ein normales Verhältnis zum FDGB, ein geregeltes Nebeneinander, von dem auch die Regierungen beider deutscher Staaten sprechen. Wir wollen, daß man trotz aller Gegensätze vernünftig miteinander verkehrt, daß die Menschen im geteilten Land müheloser zusammenkommen, getrennte Familien zusammengeführt werden - mit einem Wort: Humanisierung.

Es heißt, demokratische und kommunistische Gewerkschaften hätten einander nichts zu sagen, könnten nichts voneinander lernen, jeder Versuch der Verständigung sei von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das stimmt nicht ganz. Auf dem Felde der praktischen Vertretung der Arbeitnehmerinteressen können beide Seiten sehr wohl voneinander lernen. Das geht von der Rechtsvertretung der Arbeitnehmer über die Unfallverhütung bis hin zum Umweltschutz, zur Jugendarbeit und zur Gesundheitsfürsorge. Schließlich haben auch wir hier im Westen die Weisheit nicht in Erbpacht.

Auf ideologischem Felde trennen uns selbstverständlich Welten. Das wissen wir und das haben wir immer gewußt. Hier bedürfen wir nicht eines Nachhilfeunterrichts der Neunmalklugen. Bei unseren Gesprächen mit dem FDGB hat denn auch keine Seite nur den mindesten Versuch gemacht, die andere zu missionieren. Stattdessen haben wir Vereinbarungen für weitere Begegnungen getroffen. Jugend-, Frauen- und Journalistengruppen sollen herüber und hinüber fahren, einen Kulturaustausch zwischen den Arbeiterfestspielen in Suhl und den Ruhrfestspielen in Recklinghausen soll es geben, der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch wurde von uns mit einer Spitzendelegation des FDGB in die Bundesrepublik eingeladen.

Ich bin kein Illusionist. Ich verspreche mir von den Begegnungen mit der Arbeitnehmer-Organisation drüben keine Wunder, keinen Abriß der Mauer, auch gar keine wesentlichen Schritte etwa in Richtung auf eine Wiedervereinigung Deutschlands. Mit der Spaltung werden wir noch lange leben müssen, mit dieser Frage wird sich die nächste und leider wohl auch die übernächste Generation abplagen müssen - so lange jedenfalls, wie die Welt militärisch in zwei Lager geteilt ist. Unsere Gesprächspartner haben keinen Zweifel daran gelassen, daß auch für den FDGB die Bundesrepublik Ausland ist. Wir sehen das natürlich anders.

Es wäre vermessen, zu sagen, die Kontakte zum FDGB würden langfristig schon von wirklichem Nutzen sein. Das weiß niemand. Ich weiß nur, daß sie eine Hilfe mehr sein können in dem Bestreben der Bundesregierung und aller Bürger guten Willens, die Fäden zum anderen Deutschland nicht abreißen zu lassen und beizutragen zu der Festigung der wenigen übriggebliebenen Klammern zwischen beiden Staaten. Die Arbeitnehmer in der DDR, darin bin ich sicher, werden unsere Bemühungen dankbar aufnehmen. (-/22.11.1976/vo/pr/ee)

+ + +

### Frankfurter Bestätigung für Bonn

---

#### FDP-Parteitag baut Bundeskoalition mit der SPD aus

Der Frankfurter FDP-Parteitag hat während seiner zweitägigen Beratungen keinen Zweifel daran gelassen, daß es für die Liberalen - zumindest in den kommenden vier Jahren - keine Alternative zu einem sozial-liberalen Bündnis in Bonn gibt. Die in der Kongreßhalle gefaßten Beschlüsse haben trotz Meinungsverschiedenheiten im Detail deutlich gemacht, daß ein breiter Konsens für die gemeinsame Fortsetzung der 1969 eingeleiteten Politik der sozial-liberalen Koalition besteht. Die Entscheidung der CSU, ihre Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufzukündigen, wird an der gemeinsamen Fortführung der erfolgreichen Innen- und Außenpolitik nichts ändern. Vielmehr deutete sich in Frankfurt an, daß nach dem endgültigen Bruch zwischen den Unions-Parteien die Bonner Koalitionspartner noch enger zusammenrücken werden.

SPD und FDP werden ihre Koalitionsverhandlungen über die Regierungserklärung für die 8. Legislaturperiode wieder aufnehmen und zügig zu Ende führen. Dabei wird es in manchen Punkten zu harten Sachauseinandersetzungen kommen. Sicher ist jedoch, daß am Ende der Verhandlungen Kompromisse stehen werden, die von beiden Parteien mit gutem Gewissen getragen werden können. Die Eigenständigkeit beider Parteien wird dabei nicht verwischt werden. Dies gilt vor allem für die Reform des öffentlichen Gesundheitswesens. Bei diesem wichtigen Reformvorhaben ließen die Frankfurter FDP-Beschlüsse deutliche Meinungsunterschiede zu den Auffassungen der SPD erkennen. Doch das Bekenntnis des FDP-Parteitages, sich bei der Kosteneindämmung im Gesundheitswesen an den Prinzipien der Solidarität zu orientieren, garantiert, daß die sozial-liberale Koalition auch hier in der Lage sein wird, die dringenden Probleme der Gesellschaft zu lösen.

Partnerschaftlich, wenn auch hart in der Sache, wird die SPD mit ihrem Koalitionspartner noch über andere Themen zu diskutieren haben, sofern sie bei den Koalitionsverhandlungen bereits anstehen sollten. Dies gilt für die vom FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher in Frank-



furt erneut erhobenen Forderungen nach einer Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und nach einem "Verbändegesetz".

Erfreulich war in Frankfurt festzustellen, wie ernst und leidenschaftlich die FDP-Delegierten um liberale Grundsätze bei der Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst gerungen haben. Bei dieser Frage herrscht weitgehende Übereinstimmung mit den Ansichten, die die SPD auf ihrem Mannheimer Parteitag deutlich gemacht hatte. Bemerkenswert sind die Frankfurter Beschlüsse zu energiepolitischen Themen, die sicherlich nicht als Abschluß einer Diskussion über diese lebenswichtigen Fragen angesehen, sondern vielmehr als Anstoß zur gemeinsamen Vertiefung und Bewältigung dieses Problemkreises betrachtet werden sollten.

Breiten Raum bei den Parteitagsdiskussionen, wenn auch weniger im Plenum als in den Wandelgängen der Frankfurter Kongreßhalle, nahm die Frage möglicher FDP-Koalitionen mit der CDU in Niedersachsen und im Saarland ein. Dabei wurde deutlich, daß der Widerstand gegen diese Koalitionen in der FDP-Basis stärker ist, als man allgemein angenommen hatte. Ob die Befürworter solcher Koalitionen mit ihrer Ansicht Recht behalten werden, daß der Spielraum für die Koalitionsverhandlungen nach der CDU-Entscheidung für eine eigenständige Bundestragsfraktion größer geworden sei, bleibt abzuwarten. Gleichgültig wie die FDP-Landesverbände an der Saar und in Niedersachsen entscheiden werden, Signalwirkung für die Bonner Koalition werden diese Beschlüsse nicht haben.

Goede Japa

(-/22.11.1976/bgy/pr/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller